

Autor: Ulrich Milde [tmt6l0uigbfhy0ub1fsiag]
Seite: 9
Ressort: Wirtschaft
Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 61.872 (gedruckt)¹ 59.136 (verkauft)¹
 60.436 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,155 (in Mio.)²

¹ von PMG gewichtet 07/2020

² von PMG gewichtet 07/2020

Ostdeutsches Energieforum

IHK-Chef Kirpal warnt vor Klimaschutz mit der Brechstange

Zu hohe Strompreise, unrealistische EU-Vorgaben und Ärger über Kohlepakt: Viele Reizthemen beim Ostdeutschen Energieforum in Leipzig

Kristian Kirpal hat hohe Erwartungen. Auf dem Ostdeutschen Energieforum, das am Dienstag und Mittwoch in Leipzig stattfinden wird, „muss die Umsetzung des Green Deal thematisiert werden“. Denn „Klimaschutz mit der Brechstange ist für unsere Unternehmen nicht leistbar“, betont der Präsident der Industrie- und Handelskammer Leipzig (IHK) im Gespräch mit der LVZ.

Zeitlich realistisches Vorgehen
 Aktuell gingen sowohl die von der Europäischen Union (EU) vorgegebene Zeitschiene als auch die Reduktionsvorgaben deutlich über das für viele Mittelständler und kleinere Betriebe erträgliche Maß hinaus. Kirpal sagt, es benötige Zeit und Geld, Infrastrukturen und Wertschöpfungsketten umzustellen. Auch die Industrie, etwa im Bereich der Grundstoffe, müsse in Deutschland gehalten werden. „Es braucht daher ein zeitlich realistisches Vorgehen für das Erreichen der Klimaziele, keine Energiepolitik am Reißbrett“, so der Kammerpräsident.

Das Forum, das bereits zum neunten Mal durchgeführt wird, hat sich zur führenden Veranstaltung für diese Branche in den neuen Ländern entwickelt und ist ein Treffpunkt für Unternehmer, Politiker und Wissenschaftler. Sie beraten über zahlreiche Themen rund um die Energiepolitik. Dietrich Enk, Präsident des Unternehmensverbandes Sachsen (federführend beim Energieforum): „Das Forum hilft dem Mittelstand, Einblicke in die Energiewende zu erhalten.“ Die Firmen tragen nach Enks Einschätzung mit ihren Lösungen zu einer erfolgreichen Umsetzung der Energiewende bei.

Nach Kirpals Ansicht muss von der Tagung auch ein „klares Signal“ zur Energiewende ausgehen. Nötig sei eine

Verständigung, wie sie erfolgreich umgesetzt werden könne. „Noch immer hat Deutschland die höchsten Strompreise innerhalb der EU - mehr als 50 Prozent davon verursacht durch staatliche Steuern und Abgaben“, erläutert der IHK-Chef.

Erforderlich sei somit ein Fahrplan, wie die Preise auf europäisches Durchschnittsniveau gesenkt werden könnten, um die Kostenbelastung der Unternehmen zu reduzieren. „Andernfalls bleiben die Energiepreise ein Standortnachteil und die Energiewende verliert an Akzeptanz“, warnt Kirpal.

Geklärt werden müsse in diesem Zusammenhang auch die Frage der Versorgungssicherheit. „Wenn wir auf Kohle und Atom verzichten, der Gasbezug aus dem Ausland strittig gestellt wird und Sonne und Wind nicht verlässlich Strom und Wärme liefern, bleibt nur eine ehrliche Debatte zur Entwicklung als Wasserstoffregion.“

Wundermolekül mit Preisproblem
 Genau dieser Punkt wird in einer Diskussionsrunde im Mittelpunkt stehen. Für Hans-Joachim Polk, Technikvorstand des Leipziger Erdgasriesen VNG AG, ist schon jetzt klar, dass Wasserstoff „unbestritten einer der wichtigsten Energieträger“ wird. Nach Einschätzung des Managers ist das Preisproblem derzeit ein Hindernis für das Wundermolekül im industriellen Einsatz. So sei es derzeit einfach noch zu teuer, per Elektrolyse Wasserstoff herzustellen. „Hier sollte der Strompreis von Umlagen befreit werden“, regt er an. Sein Unternehmen ist vielfältig mit dem Thema beschäftigt.

Auch die Strukturentwicklung in den Kohleregionen müsse in den Fokus genommen werden, fordert Kirpal. Mit dem Kohleausstiegs- und dem Struktur-

men gesetzt worden, in dem für Mitteldeutschland tragfähige Konzepte entwickeln müssten. „Als Wirtschaft sind wir bereit, über Investitionen und Ideen Impulse zu setzen“, verspricht der Präsident. „Diese werden aber nur Früchte tragen, wenn auch Politik und Verwaltung agiler werden, flexibler handeln und unternehmerischer Denken.“

Kritik am Kohleausstiegsgesetz gab es im Vorfeld von Reint E. Gropp. Der Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sagte in einem Interview mit der soeben erschienenen neuesten Ausgabe der LVZ-Wirtschaftszeitung, er als Ökonom könne das 40-Milliarden-Euro-Paket für die betroffenen Länder nicht nachvollziehen. „Wenn wir die Klimaziele erreichen wollen, müssen wir den CO₂-Ausstoß reduzieren. Dazu ist dieser Pakt nicht sinnvoll.“ Wenn Braunkohlekraftwerke abgeschaltet werden, dann könne es sein, dass der Preis für CO₂ sinke, weil nicht mehr so viel produziert werde. Also könnten andere diese Rechte an der Leipziger Energiebörse kaufen und sogar mehr CO₂ ausstoßen. „Das widerspricht dem fundamentalen Klimaziel.“ Kohlepakt eher ein Mogelpakt

Der Professor sagte, er glaube, es sei bei diesen Maßnahmen überhaupt nicht darum gegangen, den CO₂-Ausstoß zu senken, sondern die AfD klein zu halten. „Deshalb sollen in die betroffenen Regionen viele Subventionen fließen, um das Wahlverhalten der Menschen zu beeinflussen nach dem Motto: Wir kümmern uns um euch.“ Zum wirklichen Schutz des Klimas hätte es gereicht, den CO₂-Mindestpreis heraufzusetzen, den Rest hätte der Markt erledigt. „Daher ist der Kohlepakt eher ein Mogelpakt“, kritisierte der Wissenschaftler.

Abbildung: Leipzigs IHK-Präsident Kristian Kirpal.
Fotograf: Foto: LZ
Abbildung: Leipzigs IHK-Präsident Kristian Kirpal.
Fotograf: Lutz Zimmermann
Wörter: 673